

In der Natur kommt es häufig vor, dass Tiere in einen Tiefschlaf verfallen, um Ressourcen einzusparen. Dieses Prinzip möchte sich die Raumfahrt für lange Reisen im All zunutze machen – auch, um die psychischen Belastungen für Astronauten zu reduzieren. SEITEN 14 UND 15

ÄrzteZeitung



Sonntagabend in der kostenlosen App

Falsche Dosis bei der Chemotherapie – woran liegt's?

Auf Mac und PC unter app.aerztezeitung.de und in den App-Stores



DIE AKTUELLE ZEITUNG VON SPRINGER MEDIZIN

FREITAG/SAMSTAG, 22./23. FEBRUAR 2019 • PVST 8877 NR. 21-360 JAHRGANG 38

Medizinische Forschung in der Schwerelosigkeit

28 000 km/h schnell ist das Labor in 400 Kilometern Höhe, in dem der deutsche Astronaut Alexander Gerst und seine beiden Kollegen unter anderem an Parkinson forschten – an Bord der internationalen Raumstation ISS. SEITEN 14 UND 15



© ESA/A. GERST

METHODENBEWERTUNG

Spahn erhöht erneut Druck auf den GBA

Im Implantate-Registergesetz plant das BMG einen Beschleunigungsparagrafen für den GBA.

Berlin. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) unternimmt einen zweiten Anlauf, um den Gemeinsamen Bundesausschuss bei der Bewertung von Methoden oder Verfahren auszuhebeln. Ein Änderungsantrag, der an das Implantate-Registergesetz angehängt werden soll, will dem GBA vorschreiben, neue Methoden binnen maximal zwei Jahren zu bewerten.

Wird diese Frist überschritten, könnte das BMG per Rechtsverordnung selbst über die Aufnahme der Methode in den Leistungskatalog der GKV entscheiden. Das gilt auch dann, wenn der Nutzen nach Ansicht des GBA noch nicht hinreichend belegt ist.

Der Vorstoß wurde bei Gesundheitspolitikern mit Befremden aufgenommen. Spahn hatte im ersten Anlauf versucht, eine vergleichbare Regelung im Terminservicegesetz (TSVG) unterzubringen. Er wollte den GBA zwingen, Liposuktion rasch zur Kassenleistung zu machen.

Nach Widerstand in der Arbeitsgruppe Gesundheit seiner eigenen Fraktion gab er das Vorhaben auf. Befürchtet wird nun, dass die Drohung mit Rechtsverordnungen den GKV-Leistungskatalog für politische Opportunitäten öffnet – zu Lasten der evidenzbasierten Medizin. (fst)

Ethikrat eröffnet Debatte über Impfpflicht in Deutschland

Die Impfquoten hierzulande sind teils erschreckend niedrig – der Deutsche Ethikrat hört internationale Experten und eröffnet damit die Debatte über eine Impfpflicht.

Von Helmut Laschet

Berlin. Der Deutsche Ethikrat rührt an einem Tabu: der Einführung einer allgemeinen oder auch differenzierten Impfpflicht. Der Rat, so sein Vorsitzender Professor Peter Dabrock, geht dabei von dem Konsens aus, dass niemand in dem Gremium die medizinische Wirksamkeit und Sicherheit des Impfens bezweifelt, wohl aber erhebliche Impflücken bestehen.

Die Problemlage in Deutschland beschrieb Dr. Ole Wichmann vom Robert Koch-Institut so:

- unzureichende Impfung gegen Influenza und Herpes Zoster in der Bevölkerung über 60 Jahre mit kontinuierlich abnehmender Impfquote,

- unzureichende Immunisierung gegen Masern bei jüngeren Erwachsenen bis zum Jahrgang 1970,

- eine viel zu niedrige Quote an HPV-Impfungen, um einen Herdenschutz zu erreichen, und
- regional und lokal extreme Schwankungen der Impfquoten.

Derartige Unterschiede seien charakteristisch für viele europäische Länder, etwa die Niederlande oder die Schweiz mit regionalen Clustern fundamentalistischer Protestanten oder anthroposophisch begründeter Impfgegenschaft, sagte der WHO-Berater Professor Claude P. Muller. Diese relativ kleinen und unbeherrschbaren Gruppen seien aber nicht das Problem. Viel bedeutender sei die große Gruppe der „opportunistischen Impfverweigerer“, die eine Immunisierung vergessen, nicht ernst nehmen oder Möglichkeiten ungenutzt lassen.

Muller plädierte dafür, stärker auf Ärzte und medizinisches Personal zu fokussieren, Impfen stärker in Aus- und Weiterbildung zu thematisieren und Mediziner konsequenter in die Pflicht zum Impfen und zur Beratung darüber zu nehmen. Dis-



Notwendig ist es, Vertrauen zu schaffen. Voraussetzung dafür ist eine sichtbare Unabhängigkeit von Staat und Medizin von der pharmazeutischen Industrie.

Dr. Katharina Paul, Universität Wien, über den Umgang mit Impfskeptikern.

kutiert werden müssten finanzielle Anreize; Luxemburg gewähre etwa einen Bonus von 500 Euro bei der Inanspruchnahme.

Eine Impfpflicht sehen Muller, aber auch die österreichische Impfskeptikerin Dr. Katharina Paul skeptisch: Sollen Ausnahmen gemacht werden? Sollen dies nur medizinische oder auch religiös-ideologische sein? Und: Kann man sich mit einer Strafzahlung von der Impfpflicht freikaufen? In Italien, so Paul, habe die Impfpflicht bei der Aufnahme in Kitas dazu geführt, dass Kinder aus Unterschichten beim Zugang zu Bildungseinrichtungen diskriminiert werden.

Ein grundlegendes Problem sieht Paul darin, dass Information und bessere Bildung allein nicht ausreichen, die Einsicht zu bewirken, dass Immunisierung durch Impfen effektiv und sicher ist. So seien unter höher Gebildeten überproportional viele Impfskeptiker zu beobachten. Notwendig sei es, Vertrauen zu schaffen. Voraussetzung dafür sei eine „sichtbare Unabhängigkeit“ von Staat und Medizin von der pharmazeutischen Industrie. SEITE 2

Innungskassen verbuchen Plus von 76,5 Millionen Euro

Berlin. Die Innungskassen haben das vergangene Jahr mit einem Überschuss von 76,5 Millionen Euro abgeschlossen, hat der IKK-Verband mitgeteilt. Im Jahr 2017 hatte beim IKK-System mit rund 5,2 Millionen Versicherten noch ein Plus von 174 Millionen Euro in den Büchern gestanden. Im Vorjahr haben sich nach drei Quartalen bislang die Überschüsse GKV-weit auf 1,86 Milliarden Euro addiert. (fst)

ZAHL DES TAGES

504

Menschen starben mindestens im vergangenen Jahr in Deutschland bei Badeunfällen. Das seien 100 mehr als im Jahr 2017 gewesen, teilte die Deutsche Lebensrettergesellschaft mit. 407 Badetote waren männlich, 92 weiblich. Bei den übrigen Todesfällen war das Geschlecht nicht zu klären. (dpa)

Plausizeiten: IG Med im Clinch mit KV Sachsen

Dresden. In Sachsen streitet sich die neue Ärztegwerkschaft IG Med mit der KV. Es geht um etliche Regressforderungen wegen vermeintlicher Überschreitung der Plausizeiten. Die Fälle reichen teils bis zu vier Jahre zurück. Im Raum sollen Summen von bis zu mehreren hunderttausend Euro stehen. Laut IG Med bedroht die KV Ärzte, die ihre Fälle öffentlich machen wollen, mit Disziplinarverfahren und Strafanzeigen. (sv) SEITE 10

STUDIE MIT 900 FRAUEN

Liquid Biopsy: Bluttest spürt Brustkrebs auf

Neu-Isenburg. Wissenschaftler der Universitäts-Frauenklinik in Heidelberg haben einen speziellen Bluttest zur Diagnostik von Brustkrebs entwickelt, der auf dem Prinzip der Liquid Biopsy basiert. Hierbei werden Botenstoffe von Tumorzellen in einer Flüssigprobe untersucht.

In einer auf 2000 Patientinnen ausgelegten Studie sind, wie die Universitätsklinik mitteilt, in den vergangenen zwölf Monaten bereits über 500 Brustkrebspatientinnen und 400 gesunde Frauen untersucht worden. Bei den Brustkrebspatientinnen konnte mit dem Bluttest insgesamt eine Sensitivität von 75 Prozent erzielt werden. (lkr) SEITE 7